



Netzwerk  
für den Dialog zwischen  
Wissenschaft und Politik

**future**  
wissenschaft & politik

## Bericht der Frühjahrssession 2019

### Sehr geehrte Damen und Herren

Die exzellente Ausbildung an Schweizer Hochschulen ist über die Landesgrenzen hinweg bekannt. Jedes Jahr absolvieren mehrere Tausend Studierende aus dem Ausland ein Studium in der Schweiz. Viele Absolventinnen und Absolventen aus Drittstaaten wie Israel, China oder Kanada verlassen die Schweiz nach erfolgreichem Abschluss wieder, auch wenn sie mit ihrer Ausbildung auf dem hiesigen Arbeitsmarkt gefragt wären. Ein Grund dafür ist, dass die Zulassung von Drittstaatenangehörigen zum Arbeitsmarkt mit Kontingenten geregelt ist. Das Parlament will dies nun ändern und überwies eine Motion, welche eine Aufhebung der Kontingentierung für Studienabgänger, die in Branchen mit besonders hoher Nachfrage nach Fachkräften tätig sind, verlangt.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Petra Studer, [petra.studer@netzwerk-future.ch](mailto:petra.studer@netzwerk-future.ch)

---

## **ENTSCHEIDE DES PARLAMENTS**

---

### **Ständerat verschiebt Beratung der URG-Revision**

Der Ständerat verschob die ursprünglich für die Frühjahrssession geplante Beratung der Revision des Urheberrechtsgesetzes (URG). Die kleine Kammer wies die Vorlage (17.069) oppositionslos an ihre Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-S) zurück. Die Kommission erhält damit den Auftrag, ihre Entscheide zu prüfen und die aktuelle Rechtsentwicklung auf Ebene der Europäischen Union (EU) zu berücksichtigen.

Grund für die Rückweisung ist eine umstrittene Ergänzung der URG-Revision, welche die WBK-S vorgenommen hatte: Demnach sollen Betreiber von Internet-Plattformen Medienverlage künftig entschädigen, wenn sie deren journalistischen Inhalte wie etwa Textanrisse oder Hinweise auf Artikel anzeigen. Eine entsprechende Regelung wird momentan auch seitens der EU diskutiert. Die WBK-S wird sich deshalb im Laufe des Frühlings erneut mit der Vorlage befassen.

#### **Minderheit fordert Zweitveröffentlichungsrecht**

In der Vorberatung der URG-Revision hatte eine Minderheit der WBK-S ihrem Rat zudem beantragt, mittels einer Anpassung des Obligationenrechts das Recht auf die Zweitveröffentlichung von seitens der öffentlichen Hand finanzierten wissenschaftlichen Publikationen durchzusetzen. Mit einem unabdingbaren Recht auf eine zweite, frei zugängliche Publikation im Internet nach der Ersterscheinung bei einem Verlag soll nach Ablauf einer definierten Frist der flächendeckende Zugang zu wissenschaftlicher Information («Open Access») sichergestellt werden.



**Protokoll des Ständerats vom 12. März 2019**

---

## **Auszahlung der Kohäsionsmilliarde an die EU wird an Bedingungen geknüpft**

Nach dem Ständerat stimmte auch der Nationalrat im Grundsatz einer zweiten Kohäsionsmilliarde (**18.067**) an die Europäische Union (EU) zu. Mit einem Betrag von insgesamt 1,3 Milliarden Franken über zehn Jahre soll die Schweiz einen Beitrag leisten zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit zwischen alten und neuen EU-Staaten.

Allerdings knüpft das eidgenössische Parlament die Auszahlung der Unterstützung an die Bedingung, dass die EU auf diskriminierende Massnahmen gegen die Schweiz verzichtet. Zur Debatte stand im Nationalrat auch, die Auszahlung der Kohäsionsmilliarde von einer Vollasoziiierung der Schweiz ans nächste europäische Forschungsrahmenprogramm «Horizon Europe» ab 2021 abhängig zu machen. Diesen Antrag der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK-N) lehnte das Plenum der grossen Kammer jedoch ab. Auch eine Verknüpfung mit der Anerkennung der Schweizer Börsenäquivalenz durch die EU wurde abgelehnt. Hingegen will der Nationalrat im Bundesbeschluss verankern, dass der Bundesrat dem Parlament spätestens im Jahr 2020 einen Kredit zur Assoziierung der Schweiz an das Bildungsprogramm Erasmus+ ab 2021 vorlegt.

Zwischen den beiden Kammern bestehen noch Differenzen bezüglich der Verteilung der Kohäsionsmittel. Der Nationalrat will den Betrag für die von Migration besonders betroffenen Staaten um 190 Millionen Franken aufstocken und den Betrag zugunsten der Ost-Staaten entsprechend reduzieren. Der Ständerat wird sich in der Sommersession 2019 somit erneut mit der Vorlage befassen.



**Protokoll des Nationalrats vom 18. März 2019**

---

## AUSSERDEM HABEN DIE PARLAMENTARIERINNEN UND PARLAMENTARIER ...

---

- ... im Ständerat stillschweigend zwei Motionen von Ständerätin Anita Fetz (**18.3240**) und der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (**18.3392**) zugestimmt, die eine Profilschärfung von höheren Fachschulen beantragen. Der Bundesrat muss die rechtlichen Grundlagen so anpassen, dass höhere Fachschulen mit eidgenössisch anerkannten Bildungsgängen sowie ihre Abschlüsse klar als Teil der Schweizer Berufsbildung positioniert sind.
- ... im Ständerat zwei Motionen (**18.4087** und **18.4088**) der nationalrätlichen Finanzkommission zugestimmt, die fordern, dass die landwirtschaftliche Forschungsanstalt Agroscope auch in Zukunft über mehrere Standorte verfügt und dass deren Budget nicht gekürzt wird. Zuvor hatte der Nationalrat den beiden Vorstössen bereits zugestimmt. Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung wird bis Ende 2019 ein Konzept mit einem Umsetzungsplan vorlegen.
- ... im Ständerat eine Motion (**17.3067**) von Nationalrat Marcel Dobler mit 32 zu 6 Stimmen an den Bundesrat überwiesen. Der Vorstoss verlangt, dass ausländische Spezialistinnen und Spezialisten, die einen Abschluss an einer Schweizer Hochschule gemacht haben und in einer Branche tätig sind, in der ausgewiesener Fachkräftemangel herrscht, nach ihrem Studium einfacher in der Schweiz arbeiten können. Fachkräfte aus Drittstaaten mit einem Abschluss einer Schweizer Hochschule sollen demnach von Kontingenten ausgenommen werden. Der Bundesrat muss nun die entsprechende Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit anpassen.
- ... im Nationalrat ein Postulat (**17.3038**) von Nationalrat Mathias Reynard mit 132 zu 53 Stimmen abgelehnt. Der Vorstoss verlangte zu untersuchen, wie vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) geförderte Forscherinnen und Forscher von der Arbeitslosenversicherung (ALV) besser geschützt werden können. Der Vorstoss wies auf das Problem hin, dass Forschende etwa nach

der Rückkehr von einem Auslandsaufenthalt in der Schweiz entweder gar keinen Anspruch auf Arbeitslosengelder hätten oder lange Wartezeiten in Kauf nehmen müssen. Der Bundesrat argumentierte, dass eine Sonderlösung für Forschende zu einer Ungleichbehandlung in der ALV führen würde.

## **VOM BUNDESRAT BEANTWORTET**

---

### **➤ Institutionelles Abkommen Schweiz-EU. Keine Unterzeichnung durch den Bundesrat**

Motion (18.4165) von Ständerat Thomas Minder (parteilos).

Eingereicht am 10. Dezember 2018.

Der Bundesrat hat am 13. Februar 2019 die Ablehnung der Motion beantragt.

### **➤ Werden die Synergiepotenziale der Innovationsförderung in den Regionen genutzt?**

Interpellation (18.4171) von Nationalrat Thomas Egger (CVP).

Eingereicht am 11. Dezember 2018.

Der Bundesrat hat am 13. Februar 2019 darauf geantwortet.

### **➤ Schwächen wir nicht den Arbeitsmarkt, wenn wir die Anforderungen für bestimmte eidgenössische Fähigkeitszeugnisse zu stark anheben? Was passiert mit Jugendlichen, deren Vertrag während der Ausbildung aufgelöst wird?**

Interpellation (18.4184) von Nationalrätin Géraldine Marchand-Balet (CVP).

Eingereicht am 12. Dezember 2018.

Der Bundesrat hat am 13. Februar 2019 darauf geantwortet.

### **➤ Agroscope - Standortwahl nachvollziehbar entscheiden**

Motion (18.4199) von Nationalrat Christian Lohr (CVP).

Eingereicht am 12. Dezember 2018.

Der Bundesrat hat am 13. Februar 2019 die Ablehnung der Motion beantragt.

### **➤ Schaffung einer modernen Dateninfrastruktur mit strukturierten Patientendaten zur Förderung der Humanforschung**

Motion (18.4203) von Nationalrat Christoph Eymann (FDP).

Eingereicht am 12. Dezember 2018.

Der Bundesrat hat am 13. Februar 2019 die Ablehnung der Motion beantragt.

### **➤ Der Bund darf Unternehmen und Startups nicht konkurrenzieren**

Postulat (18.4298) von Nationalrat Thomas Burgherr (SVP).

Eingereicht am 14. Dezember 2018.

Der Bundesrat hat am 20. Februar 2019 die Ablehnung des Postulates beantragt.

### **➤ Potential von Open Source Software im Schweizer Bildungswesen**

Interpellation (18.4299) von Nationalrätin Rosmarie Quadranti (BDP).

Eingereicht am 14. Dezember 2018.

Der Bundesrat hat am 13. Februar 2019 darauf geantwortet.

## **➤ Soziale Ungleichheit im Bildungswesen**

Interpellation (18.4397) von Nationalrätin Sibel Arslan (BASTA).  
Eingereicht am 14. Dezember 2018.  
Der Bundesrat hat am 13. Februar 2019 darauf geantwortet.

## **➤ Der Bundesrat ist für steuerliche Massnahmen für Start-ups verantwortlich uns soll deshalb damit beginnen, diese forschungsbasierte Unternehmenskategorie zu definieren**

Interpellation (18.4402) von Nationalrat Fathi Derder (FDP).  
Eingereicht am 14. Dezember 2018.  
Der Bundesrat hat am 13. Februar 2019 darauf geantwortet.

## **➤ Besteuerung von Start-ups: Wie wird der Bundesrat die Unternehmen konsultieren?**

Interpellation (18.4403) von Nationalrat Fathi Derder (FDP).  
Eingereicht am 14. Dezember 2018.  
Der Bundesrat hat am 13. Februar 2019 darauf geantwortet.

## **NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE**

---

## **➤ Der Bundesrat muss die Konsequenzen aus seinem letzten GVO-Bericht ziehen**

Interpellation (19.3012) von Nationalrätin Isabelle Chevalley (glp).  
Eingereicht am 4. März 2019.

**➤ Verbesserung der komparativen Grundlagen des Wissenssystem der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft**

Motion (19.3082) von Nationalrat Markus Hausammann (SVP).  
Eingereicht am 11. März 2019.

**➤ Verwendung nicht budgetierter Überschüsse des Bundes**

Motion (19.3085) von Nationalrat Thomas Egger (CVP).  
Eingereicht am 12. März 2019.

**➤ Einführung von Anreizen durch Steuerabzüge auf Forschungs- und Entwicklungskosten neuer Antibiotika**

Interpellation (19.3088) von Nationalrat Pierre-André Page (SVP).  
Eingereicht am 12. März 2019.

**➤ Sich weiterbilden, um auf dem neuesten Stand zu bleiben. Einführung einer vierten Säule für die Weiterbildung**

Interpellation (19.3107) von Nationalrat Claude Béglé (CVP).  
Eingereicht am 14. März 2019.

**➤ Euratom-Programm: eine schockierende Intransparenz**

Interpellation (19.3111) von Nationalrätin Isabelle Chevalley (glp).  
Eingereicht am 14. März 2019.



**➤ Innovationsförderung zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Flugverkehr**

Motion (19.3115) von Nationalrätin Samira Marti (SP).  
Eingereicht am 14. März 2019.

**➤ Eidgenössische Maturitätsprüfungen: Gleichbehandlung der Studierenden**

Interpellation (19.3141) von Nationalrat Mathias Reynard (SP).  
Eingereicht am 19. März 2019.

**➤ Worauf wartet die Schweiz, um die Forschung im Bereich der nachhaltigen Finanzwirtschaft zu unterstützen?**

Interpellation (19.3218) von Nationalrat Mathias Reynard (SP).  
Eingereicht am 21. März 2019.

**➤ Innosuisse: Die Förderinstrumente des Bundes müssen wirkungsvoller werden**

Interpellation (19.3253) von Nationalrat Jürg Grossen (glp).  
Eingereicht am 21. März 2019.

**➤ Zeitpunkt der Verfügbarkeit von Patientendaten zur Förderung der Humanforschung durch Schweizer Firmen und Hochschulen**

Anfrage (19.1012) von Nationalrat Christoph Eymann (FDP).  
Eingereicht am 21. März 2019.

**➤ Abbruch der verantwortungslosen Menschenversuche mit Cannabis!**

Interpellation (19.3313) von Nationalrätin Verena Herzog (SVP).  
Eingereicht am 22. März 2019.

**➤ Forschungsbedarf zu Auswirkungen von elektromagnetischen Feldern auf Tiere und Pflanzen**

Interpellation (19.3345) von Nationalrätin Claudia Friedl (SP).  
Eingereicht am 22. März 2019.

**➤ Lancierung eines Nationalen Forschungsprogrammes «System change not climate change»**

Motion (19.3363) von Nationalrat Cédric Wermuth (SP).  
Eingereicht am 22. März 2019.

**➤ Lehrplan 21: Fluch oder Segen?**

Interpellation (19.3395) von Nationalrätin Yvette Estermann (SVP).  
Eingereicht am 22. März 2019.

**➤ Wieviel Forschungsförderung des Bundes für die Agrotechnik inklusive neuer Gentechnikverfahren und wieviel finanzielles Engagement für die klassischen Züchtungen?**

Anfrage (19.1018) von Nationalrätin Maya Graf (Grüne).  
Eingereicht am 22. März 2019.

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

## **KONTAKT**

---

Netzwerk FUTURE  
Münstergasse 64/66, 3011 Bern  
Tel. 031 351 88 46  
**info@netzwerk-future.ch**  
**www.netzwerk-future.ch**

---

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.  
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation  
(BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

---

**26. März 2019**

---